

P. b. b. Verlagspostamt 1010 Wien
Zulassungsnummer: GZ 042035691 M



NR. 2 2013

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

WELTNACHRICHTEN

INFORMATIONEN DER ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



**Entwicklung
ankurbeln**

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

865 Millionen Euro an öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen hat Österreich 2012 erbracht, um seine Partnerländer bei ihrer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen.

Aus welchen Budgettöpfen stammen diese Mittel? Wie funktioniert die Abstimmung der Leistungen zwischen den einzelnen Akteuren? Was darf überhaupt nach Paris an den Entwicklungshilfeausschuss der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung gemeldet werden? Diesen und anderen Fragen gehen die AutorInnen in der vorliegenden Ausgabe der Weltnachrichten nach. Anhand praktischer Beispiele erfahren Sie, wie vielfältig das entwicklungspolitische Engagement Österreichs ist.

Eine interessante und aufschlussreiche Lektüre wünscht Ihnen
die Redaktion

oeza.info@ada.gv.at

Letztendlich geht es um Menschen



© HOH-MEDIA/Bernhard Holzner

Entwicklungszusammenarbeit ist als gesamtstaatliche Aufgabe zu sehen, an der zahlreiche Akteure beteiligt sind – Ministerien, Länder, Gemeinden. Sie alle tragen zu den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) bei, die an den Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeldet werden. Die Darstellung der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen wird viel diskutiert. Erfasst werden alle Mittelflüsse, die nach den Regeln des DAC angerechnet werden können. Die Frage, ob diese Richtlinien noch zeitgemäß sind, ist durchaus berechtigt.

2015 wird ein besonderes Jahr für die globale Entwicklungspolitik: Die Millenniums-Entwicklungsziele, die nun bereits seit vielen Jahren die Richtung vorgeben, laufen aus. An einem Nachfolgeinstrument und den sogenannten Nachhaltigen Entwicklungszielen wird bereits gearbeitet. Darüber hinaus soll 2015 das Konzept der ODA überdacht werden. Das hochrangige Forum in Busan zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2011 hat gezeigt: Wirtschaft und Zivilgesellschaft leisten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Engagement findet sich allerdings in der bisherigen ODA-Darstellung nicht berücksichtigt. Wie die Entwicklungshilfeleistungen nach 2015 erfasst werden können, darüber gehen auf internationaler Ebene die Meinungen auseinander.

Österreich wird sich in diesen Diskussions-Prozess aktiv einbringen. Die Darstellung der ODA muss transparent, nachvollziehbar und vor allem vergleichbar bleiben. Das aktuelle Konzept ist den einen zu eng und den anderen zu weit gefasst, da auch Leistungen enthalten sind, die nicht Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinn sind, die Betreuungskosten für AsylwerberInnen aus Entwicklungsländern zum Beispiel. Auch diese Bedenken sind bei der Überarbeitung des ODA-Konzepts zu berücksichtigen.

Vor allem dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: Letztendlich geht es nicht um Zahlen, sondern um Menschen. Um Menschen, mit denen wir partnerschaftlich zusammenarbeiten und die wir in ihrem eigenen Entwicklungsprozess unterstützen wollen. Wie auch immer unsere Leistungen in Zukunft gemessen werden, Entwicklungszusammenarbeit bleibt weiterhin ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Außenpolitik. ■

Reinhold Lopatka

Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

INHALT

■ THEMA

Kraut, Rüben und Südosttangente	3
Alles unter einem Hut	6
Wissen.Schafft.Entwicklung.	8
Afrika beleuchten	9
Gemeinsam mehr zusammenbringen	10
Österreich probt den Ernstfall	12
Araripe und die forstliche Kooperation	13
Übung macht den Meister	14

■ FORUM

Die Wirtschaftskontrolleure	15
------------------------------------	-----------

■ PANORAMA

Balance schaffen	16
Fachkräfte „Made in Mexiko“	18
Wasser ist Leben	19

■ SERVICE

Personalia, Impressum, Offenlegung	20
---	-----------



© OECD/Marc Tocattian

Kraut, Rüben und Südosttangente

„Wenn man nicht aufpasst, hat man Kraut, Rüben und Südosttangente“, so führt Hedwig Riegler Unwissende gern in die statistische Datensammlung ein. Seit 1996 beschäftigt sich die Niederösterreicherin mit den Finanzflüssen der Industrieländer an die Entwicklungsländer. Für die Weltnachrichten die richtige Expertin, um das Thema öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) zu diskutieren.

Für jede Statistik müssen drei wichtige Eckpfeiler definiert werden: die Grundmenge, die Messgröße und der Zeitrahmen“, erklärt Hedwig Riegler. Fehlt nur einer dieser drei Punkte, könne man auch die sprichwörtlichen Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Vorsitzende der Statistik-Arbeitsgruppe des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) arbeitet gern mit Zahlen. Eine abgehobene Wissenschaftlerin ist sie deshalb nicht. Warum auch? „Statistik ist nicht reine Mathematik, wie viele behaupten. Statistik ist der Versuch, eine Realität abzubilden“, so Riegler.

Weltnachrichten: Zu den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen zählt mehr als die Finanzierung von Programmen und Projekten in Entwicklungsländern. Entschuldungen werden ebenso in die ODA eingerechnet wie die Betreuung von Flüchtlingen aus Entwicklungsländern oder die Studienplatzkosten von Studierenden aus diesen Ländern. Wer definiert eigentlich, was alles unter den Begriff öffentliche Entwicklungshilfeleistungen fällt?

Hedwig Riegler: Die ODA ist historisch gewachsen. Sie ist ein Maß, um zu überprüfen, ob die Industriestaaten ihr Versprechen einhalten, Entwicklungsländer mit 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) zu unterstützen. In den 1960er-Jahren gingen WirtschaftswissenschaftlerInnen davon aus, dass in den Entwicklungsländern das Kapital für Entwicklung fehle. Ausgehend von der Philosophie „Wachstum bekämpft Armut“ wurde berechnet, wie viel Kapital notwendig wäre, um das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern um 5 Prozent zu steigern. Auf alle Industrieländer aufgeteilt, wäre dafür jeweils 1 Prozent des BNE nötig gewesen. Da es seitens der Entwicklungsländer aber die berechnete Befürchtung gab, dass nicht alle Finanzströme in bedürftige

„Statistik ist die Abbildung einer Realität.“



„Wirksamkeit
ist seriös
kaum messbar.“

Regionen fließen würden – der Privatsektor meidet Afrika ja noch heute –, haben sie um eine verlässliche, lenkbare Größe gebeten, die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen eben. Der DAC wurde dann mit der Definition der ODA beauftragt. Seine Mitglieder entscheiden seither einvernehmlich, was eine ODA-Leistung ist und was nicht.

Weltnachrichten: Die Definition der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen hat sich im Lauf der Jahre also verändert?

Hedwig Riegler: Sicher. Die drei Eckpfeiler der ODA-Statistik sind die als ODA anrechenbaren Maßnahmen (Grundmenge), die Finanzbeträge (Messgröße) und das Kalenderjahr (Zeitraum). In den 1960er-Jahren zählten zum Beispiel auch Exportkredite zu den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen, die dann aber aus der Definition herausgenommen wurden. Das Maß ist mit der Zeit breiter geworden und wurde im Sinne der Wirksamkeit auch um qualitative Aspekte ergänzt.

Weltnachrichten: Jeder Staat meldet seine Finanzflüsse selbst. Passieren da nicht viele Fehler?

Hedwig Riegler: Jedes Land hat die Statistikrichtlinie als Grundlage – das ist ein richtiger Wälzer – und muss anhand dieser seine Finanzflüsse melden. Natürlich sind

diese Meldungen und die Interpretation der Daten sehr komplex. Außerdem muss die Statistikrichtlinie laufend an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die DAC-Arbeitsgruppe Statistik trifft sich regelmäßig, um diese Dinge zu besprechen. Alle Entscheidungen werden einvernehmlich getroffen. Der Vorteil dabei: Wer am Entscheidungsprozess aktiv teilnimmt, versteht die komplexen Regeln und kann diese besser umsetzen.

Weltnachrichten: Welche Vor- und Nachteile hat das Maß „öffentliche Entwicklungshilfeleistungen“?

Hedwig Riegler: Der Pluspunkt der ODA ist, dass ihre Definition einvernehmlich beschlossen wird, das ist gleichzeitig aber auch ihr Minuspunkt. Es ist zwar gut, dass alle Mitgliedsstaaten die ODA mitbestimmen und somit auch mittragen. Bei unterschiedlichen Meinungen führt das allerdings auch manchmal zu diplomatischen Entscheidungen. Je härter die Diskussion, desto schwächer ist am Ende oft die Definition der jeweiligen Komponente. Ein Beispiel sind die Bestimmungen zur Einrechnung der Flüchtlingsbetreuung in die ODA. Diese sind in der Praxis sehr schwer anzuwenden. Dadurch werden die Daten der DAC-Mitglieder schlecht vergleichbar und ihr statistischer Wert fraglich. Trotzdem ist es vielen Ländern ein Anliegen, dass die Flüchtlingsbetreuung Teil der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen bleibt.

Als Lösung des Dilemmas machen die Länder transparent, was sie wie einrechnen. Die Leistungen der DAC-Länder für Flüchtlingsbetreuung sind im Internet für jeden nachvollziehbar dargestellt.

Weltnachrichten: Weil Sie gerade die Flüchtlingsbetreuung angesprochen haben, wie berechtigt ist die Kritik an Österreich, Phantom-Hilfe zu leisten?

Hedwig Riegler: Mit dem Begriff „Phantom-Hilfe“ wird den Industrieländern vorgeworfen, ihre Entwicklungshilfeleistungen durch Entschuldungen, die Einrechnung von Studienplätzen oder Flüchtlingsbetreuung künstlich aufzublasen. Wenn man mit dieser Politik nicht einverstanden ist, muss man den Entwicklungshilfesausschuss der OECD kritisieren und nicht einzelne Mitgliedsstaaten. Denn die tun nur, was gemeinsam beschlossen wurde. Und gerade bei der Einrechnung der Flüchtlingsbetreuung in die ODA ist Österreich im Vergleich zu anderen Ländern sogar eher zurückhaltend. Allerdings ist es schon auch so, dass kein anderer Geber über so wenig Kernbudget für gestaltbare Entwicklungszusammenarbeit verfügt wie Österreich.

Weltnachrichten: Der Fokus der entwicklungspolitischen Diskussion der letzten Jahre liegt auf der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Wie kann die Effektivität der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen gemessen werden?

Hedwig Riegler: Wirkungen können bestenfalls vermutet werden. Messen – im Sinne eines harten statistischen Nachweises – kann man sie nicht. Auch wenn es viele probieren. Der Nachweis für einen

kausalen Zusammenhang zwischen eingesetzten ODA-Mitteln und erzielter Wirkung ist seriös kaum zu erbringen. Um Wirkungen festzustellen, bedarf es Evaluierungen.

Im Entwicklungshilfesausschuss der OECD kreist die Diskussion momentan darum, ob man nicht wieder mehr Wert auf das Gesamtbild legen sollte. Die Wirksamkeit der Hilfe darf nicht allein an den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen festgemacht werden. Unter dem Stichwort „Entwicklungsfinanzierung“ soll bis 2015 ein neues Maß definiert werden, das möglicherweise die ODA ablöst. Gemessen wird ohnehin schon seit jeher mehr: Denn der DAC erhebt und veröffentlicht neben den ODA-Zahlen auch die Entwicklungshilfeleistungen der Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen etc. sowie private und öffentliche Finanzflüsse zu marktüblichen Bedingungen. Gerade aufgrund der Diskussion über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, aber auch wegen der „neuen“ Akteure wie China oder Brasilien bestimmt das ursprüngliche Anliegen, möglichst alle relevanten Finanzflüsse abzubilden, wieder stärker den politischen Diskurs. Kreditinstrumente, aber auch Geldtransfers von MigrantInnen in ihre Heimat sind für die Entwicklung eines Landes nicht zu vernachlässigen. Die Summe der Finanzflüsse bestimmt die Wirkung – im Positiven wie im Negativen. ■

Das Interview führte **Manuela Gutenbrunner**, Information und Öffentlichkeitsarbeit in der ADA.

ODA AKTUELL

Im April veröffentlichte der Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die voraussichtlichen Beträge, die im Jahr 2012 für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) aufgewendet wurden. Die Netto-ODA aller DAC-Mitgliedsstaaten erreichte im Vorjahr insgesamt 125,7 Milliarden US-Dollar. Das bedeutete einen Rückgang von 4 Prozent gegenüber 2011. Die endgültigen Zahlen liegen im Frühherbst vor.

Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs

Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs stiegen 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 Prozent. Dies ist größtenteils auf höhere Entschuldungsmaßnahmen zurückzuführen, aber auch auf höhere Zahlungen an Organisationen der Weltbankgruppe. Österreich hat 2012 voraussichtlich eine ODA von 0,28 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erreicht. Das entspricht 865 Millionen Euro.

Internationale Entwicklungen

Nur fünf OECD-Staaten haben 2012 das Ziel der Vereinten Nationen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfeleistungen aufzuwenden, erreicht bzw. übertroffen. Österreich nimmt in der Reihe der 25 DAC-Mitgliedsstaaten in absoluten ODA-Beiträgen den 18. Platz ein.

„Kapitalzufuhr allein schafft keine Entwicklung.“



© ADA (2)

Alles unter einem Hut

Damit Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich ist, braucht es bestmögliche Abstimmung zwischen den verschiedenen Politikbereichen. Die vielen österreichischen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu koordinieren ist Aufgabe des Außenministeriums.

Verschiedene Akteure haben unterschiedliche Interessen. Gerade im Bereich Entwicklungszusammenarbeit ist koordiniertes Vorgehen aber wichtig. In Österreich laufen die Fäden der Entwicklungspolitik im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (kurz: Außenministerium) zusammen. Die Sektion für Entwicklungszusammenarbeit hat die Verantwortung für die entwicklungspolitische Kohärenz. Sie ist bemüht, die einzelnen Politikbereiche bestmöglich miteinander abzustimmen und die verschiedenen Stellen, die öffentliche Entwicklungshilfeleistungen erbringen, zu vernetzen. Diese Aufgabe ist auch im Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-Gesetz) verankert, das dem Außenministerium allerdings nur die Koordinierungsfunktion, nicht aber Entscheidungskompetenz überträgt.

Nationale Abstimmung

Auch die Aufgaben und Hauptziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit – Armut zu mindern, die natürlichen Ressourcen zu schützen sowie Frieden und menschliche Sicherheit in den Partnerländern zu fördern – werden im EZA-Gesetz festgehalten. Ausgehend von diesen Zielen erstellt das Außenministerium unter Einbindung der anderen Ressorts das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik und legt damit die entwicklungspolitische Position der österreichischen Bundesregierung fest. Wesentliche andere Akteure der Entwicklungszusammenarbeit wie Länder, Gemeinden oder Nichtregierungsorganisationen können sich in einem breiten Konsultationsprozess einbringen.

Auf thematischer Ebene finden ebenfalls Zusammenarbeit und Koordination statt: Für wichtige Themen wie „Umwelt und Entwicklung“ oder „Sicherheit und Entwick-

lung“ erarbeiteten die betroffenen Ressorts Strategische Leitfäden, die für die Aktivitäten aller öffentlichen Akteure gelten. Interministerielle Arbeitsgruppen, informelle Kontakte, der Dialog mit dem Parlament, der Wirtschaft und der Wissenschaft sowie mit Nichtregierungsorganisationen sorgen ebenfalls für eine kohärente und abgestimmte Vorgehensweise.

Zur Beratung des Außenministers wurde ein entwicklungspolitischer Beirat eingesetzt. Ein Jour Fixe mit allen entwicklungspolitischen Akteuren dient als offenes Diskussionsforum. Außerdem ist das Außenministerium in ständigem Kontakt mit der Austrian Development

Das Außenministerium lädt regelmäßig zum entwicklungspolitischen Diskurs ein.



Agency, der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die für die Abwicklung der bilateralen Programme und Projekte mit den österreichischen Partnerländern in Afrika, Asien sowie Südost- und Osteuropa zuständig ist.

Globale Herausforderungen

Neben der strategischen Planung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist das Außenministerium auch für die multilaterale Zusammenarbeit zuständig. Hier verfolgt es die entwicklungspolitischen Ziele Österreichs im internationalen Kontext und engagiert sich in der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Organisationen der Weltbankgruppe. Denn große Aufgaben können am besten von vielen Staaten gemeinsam bewältigt werden, vor allem dann, wenn es um globale Anliegen wie Klimawandel, Naturkatastrophen oder knappe Ressourcen geht, aber auch um Herausforderungen wie Migration, Menschenhandel oder Staaten in fragilen Situationen. Schließlich leistet Österreich bei humanitären Krisen infolge von Erdbeben oder Überschwemmungen, aber auch Kriegen und Konflikten humanitäre Hilfe aus dem Auslandskatastrophenfonds. Auch das ist eine Entwicklungshilfeleistung, die über das Außenministerium beziehungsweise die Austrian Development Agency abgewickelt wird. Für die Freigabe von Mitteln aus dem Auslandskatastrophenfonds ist ein Ministerratsbeschluss notwendig.

Gemeinsam für Entwicklung

Prinzipiell richtet die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ihr Engagement nach den Prioritäten der Partnerländer aus. Diese sind es, die für ihre Entwicklung die Hauptverantwortung tragen. Bilaterales und multilaterales Engagement sollen sie dabei unterstützen und einander im Idealfall ergänzen (siehe Kasten). Multilaterales Engagement hat den Vorteil, dass die Mittel zahlreicher Geber gebündelt werden und dadurch die Wirksamkeit erhöht wird. Die Stärken der bilateralen Zusammenarbeit liegen zweifelsohne in der direkten Gestaltbarkeit, in der Förderung zwischenstaatlicher Beziehungen und im unmittelbaren Einsatz spezifischen Know-hows. ■

Ursula Heinrich

Leiterin des Referats Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium

JUNGEN MENSCHEN ZUKUNFT BIETEN

Im Kosovo ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als 29 Jahre. Der Schutz der Kinderrechte ist daher besonders wichtig. Das österreichische Engagement zugunsten junger Menschen im Kosovo zeigt, wie bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit einander ergänzen können.

Im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Österreich den Kosovo bei der Durchsetzung und Absicherung der Kinderrechte sowie bei der Heranführung an die EU-Kinderrechtspolitik. Gemeinsam mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) initiierte Österreich 2010 eine mehrjährige programmatische Zusammenarbeit zum Monitoring von Kinderrechten. Dabei erhalten kosovarische KinderrechtsexpertInnen Beratung in diesem Bereich. Das Projekt wurde von Österreich bisher mit 920.000 Euro unterstützt.

In einem komplementären Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und UNICEF erhalten 15.000 Jugendliche die Möglichkeit, sich berufsrelevante Fähigkeiten anzueignen. Die neu erworbenen Kenntnisse helfen den Jugendlichen, den Übergang zwischen Ausbildung und Arbeitsleben leichter zu bewältigen, und verschaffen ihnen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das Projekt wird von UNICEF gemeinsam mit der internationalen Nichtregierungsorganisation (NRO) Terre des Hommes und der lokalen NRO Peer Education Network umgesetzt. Projektpartner sind mehrere Ministerien, die Universitäten Pristina und Mitrovica sowie private Bildungseinrichtungen und Unternehmen.



Im Kosovo ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als 29 Jahre.

Wissen.Schafft.Entwicklung.

Forschungspartnerschaften mit wissenschaftlichen Einrichtungen des globalen Südens und Ostens gibt es bereits seit 30 Jahren. Dennoch sind die Studienplatzkosten als Beitrag zu den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) in den Köpfen der ÖsterreicherInnen stärker verankert.

Stipendien und die Finanzierung von Studienplätzen für Studierende aus Entwicklungsländern sind Beiträge des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) zu den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs. Weniger bekannt ist, dass das BMWF auch Partnerschaften zwischen ForscherInnen aus Österreich und deren KollegInnen aus dem Süden und Osten fördert, denn aufgrund der Globalisierung steigt die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung auch in diesen Regionen ständig.

Den Anstoß für die österreichische Entwicklungsforschung gab 1979 die Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung. 5.000 TeilnehmerInnen aus 130 Ländern diskutierten damals in der Wiener Stadthalle. Als Ergebnis der Konferenz hob das BMWF 1981 die Kommission für Entwicklungsforschung (KEF) aus der Taufe, die mittlerweile in den Österreichischen Austauschdienst eingegliedert wurde. Die KEF setzt sich für die Verankerung eines entwicklungspolitischen Ansatzes in Wissenschaft, Forschung und Bildung ein, finanziert kooperative Forschungsvorhaben und informiert die breite Öffentlichkeit darüber.



Über 200 Forschungsprojekte in Asien, Afrika und Lateinamerika wurden bereits gefördert.

Breite Themenvielfalt

Alleine über die Projektförderung finanzierte die KEF bis heute über 200 kooperative Forschungsprojekte in Asien, Afrika und Lateinamerika. Da die Kooperation auf dem Bottom-up-Prinzip basiert, werden keine Themen vorgegeben. Das Projekt-Portfolio der KEF umfasst deshalb eine große Themenvielfalt, die von landwirtschaftlichem Ressourcenmanagement über sozialwissenschaftliche Studien bis zur Abfallwirtschaft reicht. Forschungspartnerschaften in Afrika unterstützt die KEF seit diesem Jahr erstmals auch auf europäischer Ebene im Rahmen des Projekts ERAfrica.

Das BMWF setzt sich aber auch in weniger entwickelten Ländern Europas für Forschung und Wissenschaft ein. So etwa im Kosovo, wo es sich für die Verbesserung der Institutionen und Humanressourcen in Wissenschaft und Forschung engagiert. Beispielhaft ist das Projekt „Higher KOS“, das das Ministerium gemeinsam mit der Austrian Development Agency, der Agentur für Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, abwickelt. Das Projekt umfasst unter anderem Forschungs-kooperationen zwischen österreichischen und kosovoarischen Universitäten sowie ein Stipendienprogramm für kosovarische DoktorandInnen und Post-DoktorandInnen.

Die Welt im Ohr

Um Entwicklungsforschung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, kooperiert die KEF auch mit dem Österreichischen Rundfunk und produziert unter dem Titel „Welt im Ohr“ regelmäßige Radio-Features. Seit 2012 finden darüber hinaus im Frühjahr die KEF-Filmtage statt, und 2013 verleihen das BMWF und die KEF erstmals den Österreichischen Preis für Entwicklungsforschung.

www.kef-research.at

Stephan Neuhäuser

Leiter des Referats Kooperation mit außereuropäischen Ländern, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Afrika beleuchten

LED-Lampen sorgen in Subsahara-Afrika für neue Lebensqualität. Das Programm „Lighting Africa“ wird vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) in einer Kooperation mit den Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) finanziert und von der Austrian Development Agency (ADA) inhaltlich mit betreut.

70 Prozent der AfrikanerInnen haben keinen Anschluss an das Stromnetz. Für Beleuchtung mit Kerosin und Kerzen wenden sie jährlich geschätzte 10,5 Milliarden US-Dollar auf. Das verursacht nicht nur ein Loch in der Geldbörse, sondern schadet auch der Gesundheit und dem Klima. Die Weltbank und ihre Schwesterinstitution, die Internationale Finanzkorporation, starteten mit Unterstützung anderer Geber wie zum Beispiel dem österreichischen Bundesministerium für Finanzen 2007 ein Programm, das das Leben der ärmsten Menschen in Afrika nachhaltig positiv verändern sollte. Und das gelingt! Denn wenn es auf dem belebten kenianischen Markt in Mai Naivasha dunkel wird, packen VerkäuferInnen wie Eunice Wanjiru nicht zusammen und gehen nach Hause, sondern sie schalten ihre LED-Lampen ein und preisen weiter ihre Ware an. „Durch die Beleuchtung um nur 20 US-Dollar kann ich jeden Tag zwei Stunden länger arbeiten und mehr Geld verdienen“, freut sich die Obst- und Gemüseverkäuferin Wanjiru. Die Lampen sind preiswert, lokal erhältlich, energieeffizient und als Solarleuchten gänzlich unbedenklich für die Gesundheit.

Mehr Licht und Zeit zum Arbeiten

Nach der erfolgreichen Informationskampagne „Songa Mbele Na solar“ (Geh mit der Sonne voraus) in Kenia begann man 2010 auch im Senegal und in Mali mit Sensibilisierungsmaßnahmen. Allein in Kenia hat die Kampagne zur Nutzung von LED-Lampen bereits über neun Millionen Menschen erreicht. Die Verwendung der Lampen reduziert die Luftverschmutzung in den Innenräumen; dies motiviert die Menschen, von brennstoffbasierter auf moderne, solare Beleuchtung umzusteigen. Der Bevölkerung bleibt dadurch mehr produktive Zeit in ihren

Häusern und kann in ihren Kleinstunternehmen länger arbeiten. Die Kampagnen informieren auch über Qualitätskriterien und klären darüber auf, wie man schlechte von hochwertigen Geräten unterscheiden kann.

Direkte Auswirkungen auf die Gesundheit

Seit Beginn von „Lighting Africa“ hat sich die Leistung der Lampen stets verbessert und sind die Preise gesunken. „Wir haben für Kerosin viel Geld ausgegeben“, sagt Ann Muthoni, eine Landwirtin aus Kenia. „Die Kerosinlampen haben die Luft im Haus verpestet. Wenn die Kinder abends gelernt haben, sind sie am nächsten Tag mit Husten aufgewacht.“ Laut Muthoni hat sich viel verändert, seit sie eine LED-Lampe hat: „Jetzt benutzen die Kinder diese Lampe fürs Studium und es gibt keine giftigen Gase und keinen Husten mehr.“

Durch „Lighting Africa“ erhielten bisher rund sieben Millionen Menschen saubere Beleuchtung. 1,3 Millionen netzunabhängige, zertifizierte Beleuchtungssysteme wurden verkauft. Dadurch konnte der Ausstoß von rund 140.000 Tonnen CO₂ vermieden werden. Mittlerweile wird das Programm auch für den indischen Subkontinent adaptiert.

Neben „Lighting Africa“ finanziert das BMF auch andere Projekte und Programme im Bereich erneuerbare Energie sowie Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Urbanisierung, Wasser und Siedlungshygiene sowie Finanz- und Privatsektorentwicklung. ■

Daniel Pajank, Internationale Finanzinstitutionen, Bundesministerium für Finanzen

Hannes Bauer, Experte für nachhaltige Energien in der ADA

Gemeinsam mehr zusammenbringen



Ministerien, Länder und Gemeinden unterstützen Projekte und Programme, die oft von Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden. Einige Beispiele zeigen das vielfältige Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK)

Das BMASK fördert bilaterale und internationale Projekte zur Armutsminderung, zur beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen und zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung. Außerdem ist es in den Bereichen SeniorInnenpolitik, Arbeitsmarktpolitik und KonsumentInnenchutz aktiv. Im Bezirk Strasseni in Moldau unterstützt das BMASK beispielsweise soziale Heimhilfe für alte Menschen, Menschen mit Behinderungen und unheilbar Kranke. Das BMASK verfügt auch über drei Attachés in Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kroatien, Mazedonien und Moldau. Ihre Hauptaufgabe ist Know-how-Transfer in Form von bi- und multilateralen Seminaren zu den Bereichen Arbeit, Soziales und KonsumentInnenchutz.

liches Engagement in den österreichischen Partnerländern und um eine intensivere Kooperation zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und Österreichs Wirtschaft bemüht. Mit einem jährlichen Beitrag zum Doha Development Agenda Global Trust Fund, ermöglicht das BMWFJ den Entwicklungsländern, an den positiven Aspekten des Welthandelssystem teilzuhaben. Im Rahmen des Eurasia Competitiveness-Regionalprogramms der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt das Ministerium gemeinsam mit der Austrian Development Agency (ADA) eine Initiative zu verantwortungsvollem wirtschaftlichem Handeln. Um die Nutzung von Synergien zwischen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit voranzutreiben, fördert das BMWFJ gemeinsam mit der ADA die corporAID-Plattform für Wirtschaft, Entwicklung und globale Verantwortung. Diese informiert österreichische Unternehmen über die Chancen in Entwicklungsländern und sensibilisiert sie gleichzeitig für die entwicklungspolitischen Anliegen Österreichs.



Heimhilfe in Moldau – gefördert vom Sozialministerium.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ)

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist ein Grundstein für Wachstum und Wohlstand für alle und ein wirksames Mittel, um Armut zu mindern. Unter dieser Prämisse ist das BMWFJ um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaft-

Auslandskatastrophenfonds (AKF)

Nach humanitären Krisen und Katastrophen im Ausland kann die Bundesregierung Mittel aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung stellen. Die Hilfsleistungen werden für die unmittelbare Bewältigung der Krise und Rehabilitationsmaßnahmen eingesetzt. Abgewickelt werden sie über internationale humanitäre Organisationen oder österreichische Nichtregierungsorganisationen. Die kurzfristige internationale Katastrophenhilfe wird vom österreichischen Innenministerium koordiniert.

2013 leistet Österreich unter anderem in Westafrika humanitäre Hilfe aus dem AKF, nachdem sich die Situation in Mali und den Nachbarländern weiter zugespitzt hat. In Mali unterstützt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Bevölkerung mit Nahrung, Trinkwasser und medizinischer Hilfe, in Burkina Faso helfen Hope'87 und die Caritas rund 30.000 Menschen mit Nahrung, Dingen des täglichen Gebrauchs sowie mit Schafen und Ziegen als Einkommensquelle.

Land Steiermark

Das Thema „Faire Löhne – faire Preise“ steht dieses Jahr im Mittelpunkt des FairStyria-Aktionstages, der am 26. Juni im Bereich der Grazer Burg den Höhepunkt der Fairen Wochen Steiermark bildet. Knapp zwei Dutzend steirische Initiativen präsentieren ihre Projekte und versuchen, das Bewusstsein für globale Verantwortung zu stärken. Erwartet werden mehr als 1.000 BesucherInnen. Insgesamt unterstützte die Steiermark im Vorjahr knapp 40 Projekte in 20 Ländern mit mehr als 490.000 Euro.



Land Tirol

Das Land Tirol stellt jährlich rund 1 Million Euro für Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Südens bereit. Das derzeit mit 300.000 Euro pro Jahr größte Projekt setzt das österreichische Bundesland gemeinsam mit Südtirol und der italienischen Provinz Trient um. In einer länderübergreifenden Zusammenarbeit im Grenzraum zwischen Uganda und Tansania geht es darum, die Ernährung der ländlichen Bevölkerung zu sichern, Gesundheitsvorsorge bereitzustellen und Kleinunternehmen zu unterstützen.



Das Land Tirol finanziert den Aufbau einer Molkerei in Uganda mit.



1000 Projekte konnten mit Förderung Vorarlbergs bereits umgesetzt werden.

Land Vorarlberg

Das Land Vorarlberg fördert seit 50 Jahren kleine, überschaubare Projekte im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Die Projekte müssen einen Bezug zu Vorarlberg haben, den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen entsprechen, nachhaltig sein und zur Lebenskultur der Menschen vor Ort passen. Das Ziel, die Lebensqualität zu verbessern, darf niemanden ausschließen oder benachteiligen. Rund 1.000 Projekte wurden mit der Hilfe Vorarlbergs bereits umgesetzt. Die Themen reichen von Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft bis zur Wasserversorgung.



Frisches Wasser für Dörfer in Laos mithilfe der Stadt Wien.

Stadt Wien

Die Stadt Wien unterstützt Nichtregierungsorganisationen mit Sitz in der Bundeshauptstadt bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Osteuropa. Koordiniert werden die Aktivitäten von der Magistratsdirektion, Geschäftsbereich Europa und Internationales. Im Fokus stehen Projekte zur Stärkung von Frauen sowie in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Die Maßnahmen müssen sich an den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen orientieren. Im Jahr 2013 werden Projekte zum Thema „Globale Gesundheit: Förderung und Erhaltung der Gesundheit als Grundlage für Entwicklung“ kofinanziert. ■



Rasche Koordination und Abstimmung müssen trainiert werden.

Österreich probt den Ernstfall

Wenn Krisen und Kriege ausbrechen, ist rasches, koordiniertes Handeln gefragt. Abgestimmtes Vorgehen kann trainiert werden – zum Beispiel mit einem strategischen Planspiel.

Die Lage am Horn von Afrika eskaliert: Fehlende staatliche Strukturen, ein Machtvakuum, in dem bewaffnete nicht-staatliche Gruppen frei agieren, aber auch Ölvorkommen und andere Bodenschätze berühren die Interessen der angrenzenden Staaten des fragilen Raumes. Ein gewaltsamer regionaler Konflikt bricht aus. Eine immense humanitäre Krise und globale Sicherheitsbedrohung rufen die internationale Gemeinschaft auf den Plan. Die UNO beschließt ein Friedensmandat. Auf dieser Grundlage startet die EU ihr Engagement, das von einem Militäreinsatz über politische Vermittlung und humanitäre Hilfe bis zu einem langfristigen entwicklungsorientierten Ansatz reicht – soweit die fiktive Ausgangssituation des ersten gesamtstaatlichen Planspiels, das im März 2013 an der Landesverteidigungsakademie stattfand.

Koordination trainieren

Die Aufgabe im Planspiel lautet: Österreich soll für die nächsten zehn Jahre umfassende Handlungsoptionen entwickeln. Die Orientierung an der afrikanischen Eigenverantwortung, anderen entwicklungspolitischen Prinzipien sowie Zielen der Sicherheitspolitik sind unerlässlich. VertreterInnen verschiedener Ministerien, der Austrian Development Agency und von Nichtregierungsorganisationen bemühen sich um eine gemeinsame Lösung. Es geht darum, die Lage experimentell zu analysieren und einen computergestützten Koordinationsprozess auf strategischer Ebene abzuleiten. Ziel ist es, unter Wahrung der jeweiligen Eigenständigkeit ein effektives gemeinsames Vorgehen zu sichern.

Horizonte erweitern

Beim Planspiel können die TeilnehmerInnen wegen der fiktiven Situation freier agieren als im realen Leben. Der offenere

Umgang miteinander fördert Verständnis für andere Sichtweisen, Methoden und Arbeitskulturen. Die unterschiedlichen Zugänge und Meinungen führen zu spannenden Diskussionen, erweitern den Horizont und bringen innovative Lösungsansätze. Anhand der Spielergebnisse wird der Koordinationsprozess für gesamtstaatliche Einsätze und Engagements weiterentwickelt und kann bei Bedarf auf reale Situationen angewendet werden.

Abgestimmt agieren

Das Handlungsprinzip des Wiener 3C-Appells (2010) – koordiniert, komplementär und kohärent – hat sicherheits- und entwicklungspolitische, zivile und staatliche Akteure zusammengebracht. Mit der Umsetzung des „Strategischen Leitfadens Sicherheit und Entwicklung“ (2011) wurden Maßnahmen bestimmt, die dem gegenseitigen Verständnis und der Entwicklung gemeinsamer Strategien dienen. Darunter fallen auch die gemeinsame Beurteilung von Konflikten, einschließlich möglicher gemeinsamer Vorgehensweisen, sowie die vorbereitende Ausbildung. Die rege Beteiligung am ersten strategischen Planspiel und die überaus positive Bewertung haben gezeigt, dass koordiniertes, komplementäres und kohärentes Agieren möglich und notwendig ist. ■

Günther Barnet, Koordinator Nationaler Sicherheitsrat im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, Büro für Sicherheitspolitik

Ursula Werther-Pietsch, stv. Abteilungsleiterin – Koordination Dreijahresprogramm, Politikkohärenz, Sicherheit und Entwicklung – der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium

Araripe und die forstliche Kooperation



Ein erfahrener Kautschuksammler zeigt den Workshop-TeilnehmerInnen optimale Techniken zur Kautschuk-Gewinnung.

Die lokale Bevölkerung in der Gegend von Araripe in Nordost-Brasilien besinnt sich ihrer Traditionen und wehrt sich gegen die Abholzung ihres Lebensraumes. Ein Projekt unterstützt die BäuerInnen bei der Erhaltung des Waldes.

Rund 40.000 Hektar zusammenhängende Waldfläche in einer abgelegenen Region in Nordost-Brasilien werden aktiv vor der Abholzung bewahrt. Nur etwas südlicher wird Brennholz für die Gipsherstellung geschlagen. Dass Ackerland für den Sojaanbau benötigt werden könnte, steht zwar als Befürchtung im Raum, ist aber zumindest derzeit keine akute Bedrohung für den Wald Araripes. Die dortige Bevölkerung steht mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen im Mittelpunkt eines Projektes zur Erhaltung des Waldes. Denn sie ist es, die die Herausforderungen ihrer Umgebung am besten kennt und somit auch die idealsten Lösungen finden kann. Dank der Zusammenarbeit der Universidade Federal Rural do Semi-Árido in Mossoró, Nord-Brasilien, der Umweltverwaltung von Araripe und dem österreichischen Lebensministerium gibt es eine Initiative, die durch nachhaltige Bewirtschaftung zur Erhaltung des Waldes beiträgt.

Regionale Produkte nachhaltig vermarkten

Zielgruppe ist unter anderem die ärmste Bevölkerungsschicht der Region, für die das Sammeln und Vermarkten von Waldfrüchten sehr wichtig ist. Die lokale Bevölkerung gewinnt zum Beispiel Kautschuk vom Janaguba-Baum. Das Produkt wird als Heilmittel verkauft, das bei Krebserkrankungen oder Gastritis sehr effizient wirkt.

Durch das Projekt konnte die Bewirtschaftung des Waldes noch nachhaltiger gestaltet werden. Denn mittlerweile gibt es klare Vorgaben für die Mindesthöhe und -stärke der Bäume, bevor diese wirtschaftlich genutzt werden dürfen, für die Art und Weise, wie die Rinde entfernt werden muss, und für die Umtriebszeiten, das heißt für den Zeitraum zwischen zwei Kautschukernten. Langjährige Forschungen waren die Grundlage dafür.

Bei einem Workshop wurden gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung Maßnahmen zur Verbesserung der Kautschukgewinnung erarbeitet. Durch die neue Aufteilung des Gewinns auf SammlerInnen (60 Prozent), HändlerInnen (30 Prozent) und die Umweltverwaltung (10 Prozent) hat sich die wirtschaftliche Lage der SammlerInnen eklatant verbessert.

Rodung verhindern

Die Erhaltung der Wälder ist zu einem wichtigen Thema der Klimapolitik geworden. Denn mit der Entwaldung und Degradierung fällt nicht nur ein wertvoller CO₂-Speicher weg, sondern wird zusätzlich im Waldboden gespeichertes CO₂ freigesetzt. Derzeit ist der Druck auf den Wald Araripes gering. Die Situation kann sich aber rasch ändern, sollten Wünsche zur Änderung der Landnutzung auftauchen. ■

DAS LEBENS MINISTERIUM IM EINSATZ FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Österreich hat bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen eine kurzfristige An-schubfinanzierung für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zugesagt. Als Beitrag zu dieser Initiative unterstützt das Lebensministerium mehrere Projekte zum Schutz von Wäldern, etwa in Bhutan, Äthiopien und Westafrika. Dabei wesentlich sind die Einbindung der lokalen Bevölkerung und der Erhalt der Biodiversität.

Cristina Baldauf unterrichtet Ethno-Ökologie an der Universidade Federal Rural do Semi-Árido in Mossoró, Nord-Brasilien. **Jesús García Latorre** ist Forstwirt und Sachbearbeiter in der Abteilung für Internationale Umweltangelegenheiten des Lebensministeriums. Das Projekt wurde gemeinsam mit der Immissions- und Klimaschutzabteilung des Lebensministeriums organisiert.

Übung macht den Meister

Kräuter aus dem Süden Albaniens, Niksic-Bier aus Montenegro, Reisen zu Thermalbädern in Serbien – das alles bieten Firmen auf der regionalen Messe im montenegrinischen Budva an. Die Waren existieren allerdings nicht wirklich, denn die Anbieter sind Übungsfirmen.

Übungsfirmen vermitteln Praxisnähe und fördern unternehmerisches Denken. Wirtschaftliches Handeln wird nicht nur theoretisch erlernt, sondern in einem fiktiven Wirtschaftsbetrieb anhand realer Abläufe trainiert. Dies fördert Teamfähigkeit und Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Entscheidungsfreude, Flexibilität und interkulturelle Sensibilität – zentrale Schlüsselqualifikationen für die moderne Arbeitswelt. Mittlerweile gibt es weltweit Übungsfirmen – wie reale Unternehmen sind sie durch den Handel miteinander vernetzt.

Eigeninitiative fördern

Auch auf dem Westbalkan lernen junge Menschen in Übungsfirmen. Teilweise sammeln SchülerInnen so erste Berufserfahrungen, da nur wenige in echten Firmen Praktika absolvieren können. Gleichzeitig werden über Übungsfirmen neue Kooperationsformen mit realen Betrieben etabliert.

In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bildungsministerien unterstützt das Projekt ECO NET seit 2001 Wirtschaftsschulen in Südosteuropa bei der Einführung von Übungsfirmen in den Unterricht.

BILDUNG MIT QUALITÄT

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) engagiert sich insbesondere für die Entwicklung und Sicherung der Qualität im Bildungssektor. Wichtige Anliegen sind die Unterstützung institutioneller Kooperationen und regionaler Netzwerke sowie die Stärkung von Kapazitäten, die Förderung des Zugangs zu guter Bildung und der Aufbau von Know-how. Als zentrale Instrumente kommen derzeit Beauftragte für Bildungskooperationen, das Auslandsschulwesen und europäische regionale Initiativen und Strategien zum Einsatz. Weiters engagiert sich das BMUKK in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und im Bereich Globales Lernen. Dadurch fördert es die Kompetenz, in einer heterogenen Gesellschaft und einer global vernetzten Welt mit Vielfalt umgehen zu können und verantwortungsbewusst zu leben.

Die Arbeitsmärkte in den Balkanstaaten haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten grundlegend verändert. Große staatliche Betriebe wurden privatisiert und die Bedeutung von Klein- und Mittelbetrieben ist gestiegen. Praxisnähe in der Berufsbildung zu stärken und UnternehmerInnengeist zu fördern sind daher in den Bildungsreformen dieser Länder besonders wichtig.

Mittlerweile wurden im Rahmen von ECO NET bereits mehr als 300 Übungsfirmen-LeiterInnen ausgebildet. Auch Curricula und Handbücher für den Unterricht werden entwickelt, Übungsfirmen-Zentralen zur Stärkung entsprechender nationaler Netzwerke eingerichtet, LehrerInnen-FortbildnerInnen geschult, nationale und internationale Messen und die Zusammenarbeit der Schulen mit Betrieben organisiert. Insgesamt wurden bisher rund 1.600 Übungsfirmen an mehr als 330 südosteuropäischen Schulen gegründet.

ECO NET wird aus Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur finanziert und von KulturKontakt Austria umgesetzt.

Monika Mott

Bereichsleitung Bildungsk Kooperation, KulturKontakt Austria

In Übungsfirmen trainieren Schülerinnen unternehmerisches Denken.





Initiativen wie „SO:FAIR“ oder die „Clean Clothes Kampagne“ machen auf Missstände in der Bekleidungsindustrie aufmerksam.

Die Wirtschaftskontrolleure

Nachhaltigkeit und Verantwortung sind Schlüsselfaktoren für eine funktionierende Wirtschaft und eine positive Entwicklung. Damit Regeln eingehalten werden, braucht es Kontrolle – etwa durch Nichtregierungsorganisationen.

Wirtschaftliches Wachstum ist eine notwendige Voraussetzung für die Minderung der Armut“, heißt es im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013–2015. Um Armutsminderung tatsächlich nachhaltig zu sichern, ist aber mehr als wirtschaftliches Wachstum notwendig. Dies belegt die Realität in zahlreichen Staaten, in denen die soziale Ungleichheit trotz positiver Wirtschaftsdaten zunimmt. In einer Welt mit endlichen Ressourcen darf wirtschaftliches Wachstum nicht nur quantitativ gesehen werden, sondern ist auch qualitativ zu betrachten. Neben dem Privatsektor muss der Bereich Wirtschaft und Entwicklung kollektive, kommunale und staatliche Unternehmen als wichtige Akteure im Blick haben.

Verantwortung als Schlüssel

Der Schlüssel zu einer gedeihenden Wirtschaft und einer positiven Entwicklung für alle ist nachhaltiges und sozial verantwortliches Wirtschaften. Auswirkungen auf die Zukunft und die Gesellschaft sind dabei systemimmanent, ökologische und soziale Mindeststandards also notwendig. Neben dem Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sind vor allem das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und einen existenzsichernden Lohn von entwicklungspolitischer Bedeutung. Hier übernehmen zivilgesellschaftliche Organisationen im Norden und Süden wichtige Aufgaben.

Sie fordern Unternehmensverantwortung auf rechtlicher Ebene und freiwillige Verhaltenskodizes im Rahmen sozialer Unternehmensverantwortung ein. Aber gerade freiwillige Vereinbarungen sind nur glaubwürdig, wenn sie unabhängig – also in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen – kontrolliert werden.

Zivilgesellschaft stärken

Mit Kampagnen und Bildungsarbeit informieren Nichtregierungsorganisationen über Arbeits- und Lebensbedingungen in Entwicklungsländern und weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Österreich arbeiten dabei in internationalen und nationalen Netzwerken. Dieses Engagement stärkt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit durch die Förderung von Projekten und Programmen entwicklungspolitischer Kommunikation und Bildung. Nur so lassen sich durch den Bereich Wirtschaft und Entwicklung tatsächlich nachhaltiges Wachstum und Armutsminderung sicherstellen. ■

Stefan Kerl

Bereichsleiter Kampagnen, Südwind

KAMPAGNEN ZEIGEN WIRKUNG

Mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit informieren Nichtregierungsorganisationen KonsumentInnen und mahnen Unternehmensverantwortung ein. Initiativen wie „SO:FAIR“ oder die „Clean Clothes Kampagne“ fordern von öffentlichen Stellen faire Beschaffung ein und machen KonsumentInnen auf Missstände in der Bekleidungsindustrie aufmerksam. Konkrete Erfolge sind bereits sichtbar: Viele Unternehmen haben ihre Firmenpolitik um soziale Aspekte ausgeweitet. Ein Indikator für das verstärkte Interesse an diesen Themen sind etwa die steigenden BesucherInnen- und AusstellerInnen-Zahlen bei der Modemesse „WearFair und mehr“ in Linz.

Balance schaffen

Von der Weinkultur über die Viehzucht bis zum Tourismus – das wirtschaftliche Potenzial Georgiens und Armeniens ist groß. Österreich unterstützt die beiden Länder im Südkaukasus bei ihrer Entwicklung. Wie, berichtet Gunther Zimmer, Leiter des Auslandsbüros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Tiflis, im Interview mit den Weltnachrichten.

„Hier sind alle extrem bemüht und zuvorkommend.“

Georgien ist für seine jahrtausendealte Weinkultur bekannt.



Weltnachrichten: Sie arbeiten seit Beginn des Jahres in Tiflis und sind mittlerweile ein echter Fan des Landes. Was begeistert Sie so an Georgien?

Gunther Zimmer: Am meisten beeindruckt mich die Freundlichkeit der Menschen. Hier sind alle extrem bemüht und zuvorkommend, offen und hilfsbereit. Auch wenn man sich teilweise mit Händen und Füßen verständigen muss, weil ich kein Georgisch und viele kein Russisch mehr sprechen. Es fällt mir auch auf, dass die Menschen aktiv – auch politisch – die Zukunft mitgestalten wollen. Die Stadt Tiflis ist eine Sensation – mit einer jahrtausendealten Tradition und Kultur. Wirklich sehenswert.

Weltnachrichten: Der Tourismus ist in Georgien im Wachsen. Gerade die Russen entdecken das Land für Trekking-Touren, Helicopter-Skiing oder Mountain-Biken. Bei all den positiven Eindrücken, was erschwert das tägliche Leben in Tiflis?

Gunther Zimmer: In den Supermärkten gibt es noch zu wenige einheimische Produkte. Alles – auch viele Nahrungsmittel – wird um teures Geld importiert und hat daher seinen Preis. Ich habe schon Zahnpasta um 7 Euro und Spülmittel um 14 Euro gesehen. Die Einheimischen kaufen daher eher auf den lokalen Märkten ein. Aber dort bekommt man nicht alles.

Weltnachrichten: Die Land- und Forstwirtschaft macht in Georgien mehr als 16 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit will gerade hier bei der Unterstützung des Landes ansetzen. Weitere Schwerpunkte sind ländliche Entwicklung und gute Regierungsführung.

Gunther Zimmer: Ja, wir unterstützen die georgischen Ministerien dabei, die Armut zu reduzieren und Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten. Gemeinsam mit den Österreichischen Bundesforsten, Deutschland, der Schweiz und der EU bringen wir unser Know-how in den Land- und Forstwirtschaftssektor ein. Wir fördern Projekte zur Wiederaufforstung, um Erosion zu verhindern. Windschutzstreifen schützen die Aussaat auf den Feldern und in Überschwemmungsgebieten werden wieder landwirtschaftliche Produkte angebaut. Außerdem ist die Bekämpfung von Tierseuchen ein wichtiges Aktionsfeld. Vor allem im Grenzgebiet zwischen Georgien und Armenien ist hier viel zu tun.

Weltnachrichten: Von Tiflis aus betreuen sie auch Armenien als Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Wo gibt es zwischen diesen beiden Ländern Parallelen in der Zusammenarbeit? Was ist anders?

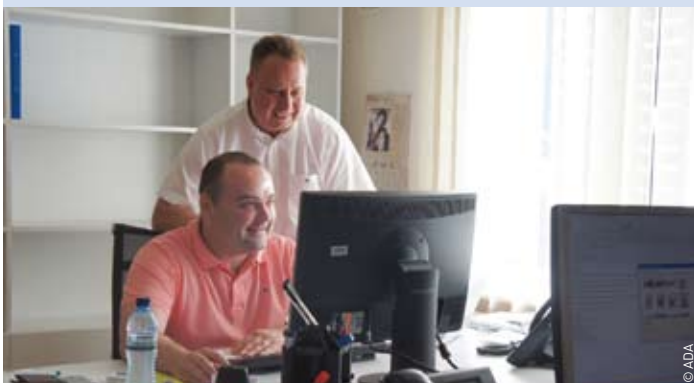
Gunther Zimmer: Die grenzüberschreitende Registrierung von Rindern und Schafen und die Vernetzung der Veterinärmediziner sind Bestandteile eines großen Programms, das für beide Länder wichtig ist. Wie Georgien ist auch Armenien noch sehr auf Landwirtschaft fokussiert. Rund 75 Prozent der ländlichen Bevölkerung sind als Bäuerinnen und Bauern tätig. Auf dem Land gibt es kaum alternative Einkommensmöglichkeiten. Ein Problem der Bauern und Bäuerinnen ist, dass sie nur sehr kleine Felder zu Verfügung haben. Armenien arbeitet bereits an einer Landreform. Kleinere Anbauflächen müssen zusammengelegt und davor die Besitzverhältnisse erfasst werden. Große landwirtschaftlich nutzbare Flächen liegen außerdem brach. Es fehlen die notwendigen Maschinen, aber auch Kredite, um investieren zu können. Da Armenien politisch deutlich isolierter ist als Georgien, bestehen kaum Exportmöglichkeiten. Der neue georgische Premierminister Bidsina Iwanischwili versucht, die Beziehungen zu den Nachbarn zu verbessern. Durch die Annäherung an Russland hat er es geschafft, den Export von georgischem Mineralwasser und Wein wieder anzukurbeln. Weitere Produkte sollen folgen.

PERSONALIA

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Georgien und Armenien

Gunther Zimmer (im Bild rechts) übernahm im Jänner 2013 den Aufbau des Koordinationsbüros in Tiflis. Der promovierte Jurist leitete von 2007 bis 2011 das Koordinationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Seine ersten Erfahrungen in Südosteuropa machte Zimmer bei EUFOR und KFOR.

Nikoloz (Nika) Grdzelidze (im Bild links) ist seit Februar 2013 Programmreferent für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Tiflis. Davor war er für einen renommierten Seilbahnherstellungsbetrieb als Projektmanager tätig, arbeitete lange bei der Entwicklungszusammenarbeit der Vereinigten Staaten (USAID) und war Konsulent für die Weltbank.



Weltnachrichten: Armenien hat außerdem mit einer sehr hohen Abwanderung zu kämpfen. Rund zwei Drittel der Bevölkerung wohnen nicht mehr in ihrer Heimat, sondern in der Türkei, dem Iran, in Kalifornien oder Großbritannien. Was bedeutet das für den Staat?

Gunther Zimmer: Es ist natürlich verheerend, wenn von 12 Millionen Armeniern nur mehr vier Millionen im Land leben. Die Regierung begann viel zu spät, diesem dramatischen Brain Drain mit hinreichenden Maßnahmen entgegenzuwirken. Die Überweisungen aus dem Ausland machen mehr als 15 Prozent des Bruttonationaleinkommens aus.

Weltnachrichten: Das Österreichische Budget für Georgien und Armenien beträgt momentan rund 4 Millionen Euro pro Jahr. Was bedeutet das im Verhältnis zu den anderen Gebern, die im Südkaukasus finanzieren?

Gunther Zimmer: Unser Budget ist im Vergleich zu den anderen Gebern eher klein. Dennoch können wir durch unser Know-how Koordinierungsfunktionen bei der Umsetzung von Entwicklungsprogrammen übernehmen. In Georgien bieten wir das gerade gemeinsam mit Deutschland im Sektor Forstwirtschaft, in Armenien im Landwirtschaftssektor an. Das wird von den zuständigen Ministerien und staatlichen Agenturen, aber auch von den Gebern sehr geschätzt. Ich habe keinesfalls das Gefühl, dass wir aufgrund unseres Budgets weniger willkommen sind als andere Geber. Ganz im Gegenteil.

Das Interview führte **Manuela Gutenbrunner**, Information und Öffentlichkeitsarbeit in der ADA.

Drei Viertel der ländlichen Bevölkerung in Georgien und Armenien sind BäuerInnen.



Fachkräfte „Made in Mexiko“

Fähige Fachkräfte werden auch in Schwellenländern zunehmend in der Produktion benötigt. Damit es genügend ausgebildeten Nachwuchs gibt, startet der Verpackungserzeuger ALPLA mit einer Lehrlingsausbildung in Mexiko. Das Projekt wird im Rahmen einer Wirtschaftspartnerschaft von der Austrian Development Agency und der Oesterreichischen Entwicklungsbank unterstützt.

Die Autofahrt führt durch dichten Wald, immer weiter aufwärts. Der atemraubende Smog von Mexico City bleibt zurück und nach 80 Kilometern Fahrt erreicht man Toluca. Eine Ein-Millionen-Stadt auf 2.700 Metern Seehöhe. Hier hat sich am Stadtrand ein Vorarlberger Unternehmen angesiedelt: ALPLA. Der Konzern produziert Kunststoffverpackungen und -flaschen. Weltweit und seit 1992 auch in Mexiko. In 20 Produktionsanlagen im ganzen Land arbeiten 2.000 MitarbeiterInnen, um Verpackungen für Danone, Coca-Cola und andere Firmen zu erzeugen.

Berufswunsch: Kunststoff-Designerin

Shampoo-Flaschen selbst zu designen, davon träumt Montserrat Mejia schon seitdem sie ein kleines Kind ist. Jetzt rückt die 15-Jährige ihrem Berufswunsch einen Schritt näher: Die aufge-

weckte junge Frau ist eine von zwölf Lehrlingen, die ab Herbst in der neu gegründeten Lehrwerkstätte von ALPLA zum Werkzeugmacher und Kunststoff-Formgeber ausgebildet werden. Einer ihrer Kollegen ist Daniel Aguirre: „Moderne Ausbildungsplätze sind selten, die Maschinen sind meist veraltet. Aber hier dürfen wir mit computergesteuerter Technik lernen“, ist der 19-Jährige froh, ebenfalls zu den ALPLA-Lehrlingen zu zählen.

Zu wenig Fachkräfte

Neben angelernten ArbeiterInnen werden zunehmend einheimische Fachkräfte eingesetzt, ein echter Paradigmenwechsel in der Industrieproduktion in einem Schwellenland wie Mexiko. Weil es schwierig ist, gut ausgebildete lokale FacharbeiterInnen zu finden, hat ALPLA damit begonnen, selbst Lehrlinge auszubilden. Die Firma arbeitet dabei eng mit der staatlichen Berufsbildungseinrichtung CONALEP und der Stiftung ALTRATEC zusammen, die sich auf duale Lehrlingsausbildung spezialisiert hat.

Ausbildung mit Modellcharakter

Da die staatliche Anerkennung der Lehrgänge und Zeugnisse, der Praxisbezug und die Anwendbarkeit der Lehrinhalte in der Arbeitswelt gesichert sind, wird das Projekt über eine Wirtschaftspartnerschaft der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit 200.000 Euro gefördert. Das Programm soll als Modell für eine erfolgreiche FacharbeiterInnen-Ausbildung dienen. Die überbetriebliche Lehrwerkstätte bei ALTRATEC kann auch von Lehrlingen anderer Unternehmen genutzt werden. Rund 130 Lehrlinge pro Jahr sollen ausgebildet werden. Die Jugendlichen zwischen 15 und 23 Jahren erhalten ein staatliches Stipendium von 1.800 mexikanischen Pesos (115 Euro) monatlich. Die Ausbildungskosten, für die normalerweise Schulgebühren zu bezahlen sind, übernimmt zur Gänze ALPLA. Die Einstiegsgehälter nach dem Lehrabschluss liegen bei 8.000 bis 10.000 Pesos und damit weit über dem mexikanischen Durchschnittseinkommen. Eine echte Chance für viele Mädchen und Burschen aus Toluca. ■



Montserrat Mejia rückt mit der Lehre zur Kunststoff-Formgeberin ihrem Berufswunsch ein Stück näher.

Gottfried Traxler

Büro für Wirtschaftspartnerschaften in der ADA

Wasser ist Leben

Blaue Luftballons, ein Klo auf dem Gehsteig, ein großer Wassertank: Im Mai und Juni machte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Aktionen auf öffentlichen Plätzen in Wien, Salzburg, Linz, Graz, Innsbruck und Klagenfurt auf das Thema Wasser und Siedlungshygiene aufmerksam.



Millionen Frauen und Kinder schaffen täglich mit Kanistern Wasser herbei.

In jeder kleinen Tasse Kaffee stecken 140 Liter virtuelles Wasser.

Schlechte Wasserqualität führt zu tödlichen Krankheiten. Pro Jahr sterben daran 1,9 Millionen Menschen.

2,5 Milliarden Menschen müssen ohne hygienische Toiletten auskommen.

KURZNACHRICHTEN

Vienna +20: 20 Jahre Wiener Menschenrechtskonferenz

Am 27. und 28. Juni 2013 wird in Wien Bilanz über die Wiener Deklaration und das Aktionsprogramm von 1993 gezogen: Was wurde umgesetzt, was fehlt noch? Diese Fragen gilt es zu beantworten. Regierungen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft und Wissenschaft wollen mit der Konferenz die Universalität und Unteilbarkeit aller Menschenrechte bekräftigen. Zentrale Themen werden die Einklagbarkeit der Menschenrechte sowie Frauenrechte und eine menschenrechtsbasierte Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 sein. Bereits am 25. und 26. Juni beraten sich internationale VertreterInnen der Zivilgesellschaft in einer eigenen Tagung. Sie wollen bei der Vienna +20 eine gemeinsame Abschluss-Erklärung präsentieren. Beide Veranstaltungen werden von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gefördert. ■

Energiekonferenz in Wien

Das Vienna Energy Forum, das Ende Mai stattfand, war international sehr gut besucht. Großes Interesse bestand am Büro der UN-Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ in Wien, das im Juli unter der Leitung des bisherigen Generalsekretärs der UN-Organisation für industrielle Entwicklung Kandeh Yumkella eröffnet wird. Die Deklaration des Vienna Energy Forum 2013 zu den Energiezielen nach 2015 wurde angenommen. In einem Side Event wurde für Subsahara-Afrika ein Süd-Süd-Netzwerk zwischen bestehenden und künftigen

regionalen Zentren für erneuerbare Energie und Energieeffizienz gegründet. Gemeinsam sollen regionale Märkte für nachhaltige Energien geschaffen werden. Bei der Begleitveranstaltung „Sustainable Energy Solutions for All: Made in Austria“ präsentierten ExpertInnen erfolgreiche österreichische Programme und Projekte aus den Bereichen Solarthermie und Kleinwasserkraft für Subsahara-Afrika sowie Möglichkeiten für zukünftige Kooperationen. ■

Abschied Richtung Süden

Brigitte Öppinger-Walchshofer, Geschäftsführerin der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, tritt Anfang Juli ihre neue Aufgabe als Botschafterin in Südafrika an. „Ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge“, sagt Öppinger-Walchshofer: „Die fast sechs Jahre in der ADA waren eine schöne und herausfordernde Zeit. Ich freue mich, dass es mir mit einem ambitionierten und kompetenten Team gelungen ist, die Qualität der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit aufrechtzuerhalten, die Programme und Projekte zu fokussieren und Synergien bestmöglich zu nutzen.“ Alle Kräfte waren darauf ausgerichtet, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen und zusätzliche Mittel zu lukrieren. Die ADA setzt mittlerweile erfolgreich auch mehrere Vorhaben der Europäischen Kommission und Projekte für verschiedene Ministerien um. Mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungsbank konnte vor Kurzem die 100. Wirtschaftspartnerschaft abgeschlossen werden. „Ich wünsche meinem Nachfolger Martin Ledolter viel Erfolg und freue mich auf die neuen Herausforderungen im südlichen Afrika“, so Brigitte Öppinger-Walchshofer. ■

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich, oeza.info@ada.gv.at, www.entwicklung.at, DVR 0000060. **Konzept, Gestaltung und Produktion:** Grayling Austria GmbH. **Redaktion:** Doris Gebru-Zeilermayr (F.d.I.v.), Claudia Gruber, Manuela Gutenbrunner, Sabine Krings. **Titelfoto:** UN Photo/Evan Schneider. **Layout:** design:ag, Alice Gutleiderer. **Druck:** AV+Astoria, 1030 Wien. Verlagsort: 1010 Wien. Juni 2013. Die Weltnachrichten sind kostenlos. Bestellung: oeza.info@ada.gv.at oder www.entwicklung.at (Newsletter abonnieren). Die einzelnen Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung des Herausgebers wider. Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweils genannten AutorInnen verantwortlich.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Austrian Development Agency (ADA), Zelinkagasse 2, 1010 Wien • Geschäftsführerin: Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer • Gegenstand des Unternehmens: Die ADA ist durch das EZA-Gesetz 2002 (i.d.g.F.) mit der Erarbeitung und Abwicklung von Maßnahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit betraut. Sie orientiert sich an den Zielen der Armutsminderung, der Friedenssicherung und der Erhaltung der Umwelt. Die ADA trägt damit zur Erfüllung des entwicklungspolitischen Auftrags Österreichs im Rahmen des Dreijahresprogramms und im Gleichklang mit der internationalen Gemeinschaft bei. • Gesellschafter: Republik Österreich 100 % • Offenlegung der Blattlinie gemäß § 25, Abs. 4 Mediengesetz: „Weltnachrichten. Informationen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ vermitteln Informationen aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Entwicklungspolitik und richten sich an Personen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig und/oder daran interessiert sind. Die „Weltnachrichten“ erscheinen viermal jährlich.